OMEGA News

Mitteilungen von IPPNW - Österreich Ausgabe 54 | 2022

Trauer um Dr. Evgeny Chazov

Divestment

Autonome Waffensysteme

IPPNW Seminarwochenende

Inhalt

Editorial	Seite 3
In Memoriam Evgeny Chazov	Seite 4
Klimawandel und Atomenergie	Seite 5-7
Autonome Waffensysteme	Seite 8-10
Afghanistan Konferenz	Seite 11
Divestment	Seite 12-13
IPPNW Seminarwochenende	Seite 14
Christina Kastner- Frank im Interview	Seite 15

Information zur Datenschutz-Grundverordnung:
Im Rahmen der Vereinstätigkeit verwalten wir Namen, Adressen und Mailadressen. Diese Dateien werden geschützt und nicht an dritte weitergegeben. Wir verwenden die Daten nur zur Kommunikation mit den betreffenden Personen und zum Zeitungsversand.
Sollten Sie diese Informationen nicht mehr erhalten wollen, können Sie eine Löschung Ihrer Daten verlangen.

OMEGA/ IPPNW Österreich
Gentzgasse 10/4/27
1180 Wien
office@ippnw.at

Dr. Evgeny Chazov 1929-2021
© Wikipedia

Offenlegung:
OMEGA NEWS ist das Mitteilungsblatt des gemein- nützigen und überparteilichen Vereins OMEGA- Österreichische Medizinerinnen und Mediziner gegen Gewalt und Atomgefahren/IPPNW-Österreich in Wien (ZVR-Zahl 297932028).
Ziele des Vereins:
Erarbeitung und Verbreitung medizinischer Kenntnisse im Bezug auf die Gefahren eines Atomkrieges sowie alle Ärzteaktivitäten, die die Erhaltung oder Wiederherstellung des Friedens und/oder eine Verringerung der Atomgefahren zum Ziel haben.
Dem Vereinsvorstand gehören an:
Dr. Klaus Renoldner, Dr. Michael Schober, Manfred Sauer, Dr. Christine Kastner-Frank, Dr. Isabel Stietencron, Dr. Kathrin Biehal

Impressum:
Herausgeber und Medieninhaber (Verleger): OMEGA-Österreichische Medizinerinnen und Mediziner gegen Gewalt und Atomfahren (vormals Ärzte gegen den Atomkrieg) Sektion Österreich der IPPNW-International Physicians for the Prevention of Nuclear War.
e-Mail: office@ippnw.at | Hompage: www.ippnw.at Verlagsadresse:
OMEGA/IPPNW Österreich, Gentzgasse 10/Stg.4/27, A-1180 Wien | Bildnachweis: IPPNW, Wikipedia, K. Renoldner, Manfred Sauer, Michael Schober
Layout: Christoph Strehblow
Druck: druck.at
Bankverbindung: BIC BKAUATWW, IBAN AT39 1200 0006 5615 1800

Editorial

Sehr geehrte Frau Kollegin,
sehr geehrter Herr Kollege!

Es war mir eine große Freude, dass wir trotz noch nicht überwundener Covid-Pandemie im Mai 2021 im Mühlviertel eine Fachtagung zum Thema „Climate, War and Health" abhalten konnten. Die Direktorin des Vienna Center for Disarmament and Non-Proliferation (VCDNP) Elena Sokova war wohl eine der prominentesten Referentinnen. Ich kenne sie seit der Gründung ihres Instituts unter Außenminister Schüssel, habe selber an zahlreichen Veranstaltungen des Center teilgenommen und sie nun eingeladen. Mehr über die Tagung lesen Sie in dieser Nummer. Ganz besonders möchte ich mich bei meinem Stellvertreter Dr. Michael Schober bedanken, der die Tagung ganz großartig vor Ort organisiert hat
Es zeigte sich, wieder einmal, dass die junge Generation von Mediziner*innen ein beachtliches Interesse an Fragen globaler Gesundheit hat und sich auch engagieren will. Das erlebe ich auch bei meinen Studierenden im Post Graduate Studium in Public Health an der Paracelsus MedUni in Salzburg. Und wir brauchen diese Generation dringend. Die Gründergeneration der IPPNW stirbt weg, nach Prof. Bernhard Lown hat uns nun auch Prof. Evgeny Chasow verlassen.
Unsere Aufgabe, eine Welt ohne Massenvernichtungswaffen, ist aber noch nicht erfüllt, auch wenn wir gerade mit dem Atomwaffenverbotsvertrag einen wichtigen Schritt weiter gekommen sind. Für 22. bis 24. März 2022 ist nun die erste Konferenz der inzwischen 59 Mitgliedsstaaten dieses Vertrags unter UN-Hoheit in Wien angesetzt. Den Vorsitz wird der österreichische Botschafter Alexander Kmentt führen, der sich bekanntlich sehr für den Verbotsvertrag engagiert hat. Wir erwarten zahlreiche TeilnehmerInnen aus IPPNW und anderen NGOs in Wien und es wird ein breites Veranstaltungsprogramm geben. Auch die Österreichische Ärztezeitung wird berichten.
Was unsere Vereinigung betrifft, haben wir mit Kollegin Isabel Stietencron eine engagierte Schriftführerin bekommen. Sie übernimmt auch die Organisation des Jour Fixe, der seither zweimal, einmal in Wien und einmal online, stattgefunden hat. Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen für ihre Mitarbeit.
Wenn Sie über aktuelle Nachrichten aus der IPPNW per Mail erfahren wollen, teilen Sie das bitte an office@ippnw mit.

Mit den besten Wünschen für ein friedliches Jahr 2022

Ihr
Dr. Klaus Renoldner, M.Sc.
Präsident, OMEGA/IPPNW Österreich

In Memoriam Evgeny Chazov

Dr. Klaus Renoldner, IPPNW

IPPNW trauert um Dr. Evgeny Chazov
Am 12. November starb Prof. Dr. Evgeny Chazow im 92. Lebensjahr. Innerhalb eines Jahres hat die IPPNW ihre beiden Gründer verloren. Über den Tod von Bernard Lown haben wir berichtet. Nun erreichte uns im November die Nachricht vom Tod Chazows.
Ich hatte sowohl Lown als auch Chazow 1986 beim IPPNW- Kongress in Köln erstmals persönlich kennengelernt. Der Kardiologe Chazov, Mitglied der Akademie der Wissenschaften, war im Sowjetsystem groß geworden. Mit Bernard Lown verband ihn eine hohe medizinische Ethik über alle Grenzen hinweg. Der gemeinsame Einsatz für ein Verbot von Atomwaffen war vielleicht sein wichtigstes humanitäres Anliegen.
Persönlich war Evgeny Chazow ein äußerst liebenswürdiger Mensch. Das war nicht nur mein Eindruck bei meinen Zusammenkünften, sondern wurde mir gegenüber auch von Karl Bonhoeffer, dem vor zwei Jahren verstorbenen Ordinarius für Anästhesie der Universität Köln und IPPNW Vorstandsmitglied, der viel mit Chazov zu tun hatte, hervorgehoben.
Als Michael Gorbachow Jahre später Evgeny Chazow zum Gesundheitsminister seines Kabinetts der Reformpolitik (Glasnost und Perestrojka) bestellte, musste Chazow

Evgeny Chazov, Quelle: Wikipedia

aus Zeitgründen seine Funktion als Co-Präsident der IPPNW einem jüngeren russischen Kollegen, Sergej Kolesnikow überlassen. Er blieb aber seinen Ideen zeitlebens treu und meldete sich noch später immer wieder für ein Atomwaffenverbot zu Wort.
Hier ein Originalzitat aus Chazows Nobelpreisrede 1985:

"...avert transformation of the Earth from a flourishing planet into a heap of smoking ruins Our duty is to hand it over to our successors in a better state than it was inherited by us. Therefore, it is not for fame, but for the happiness and for the future of all mothers and children that we – International Physicians for the Prevention of Nuclear War – have worked, are working and will work."

Klimawandel und die Hoffnung auf Problemlösung durch Atomenergie

von Klaus Renoldner

Oberflächlich betrachtet mag es vor allem für technokratisch denkende Menschen plausibel klingen: Ungefähr achtzig Prozent der global von Menschen eingesetzten Energie stammt aus fossilen Quellen (Kohle, Öl und Gas) und trägt daher wesentlich zum Klimawandel bei. Nur zirka fünfzehn Prozent sind erneuerbare Energie (Wasserkraft, Wind, Solarenergie etc.) und knapp fünf Prozent sind Atomenergie aus zirka 400 Atomkraftwerken. Wäre es nicht sinnvoll, die Atomenergie auszubauen und dadurch den CO2-Ausstoß radikal zu verringen?

Die Atomlobby bemüht sich seit Jahren, Nuklearenergie als erneuerbare Energiequelle anerkennen zu lassen, obwohl dies klarerweise nicht der Fall ist. Da ist einerseits von Thorium-Reaktoren und andererseits vom Bau zahlreicher kleiner Atomkraftwerke die Rede. Uran ist aber keine nachhaltige Energiequelle und der radioaktive Abfall stellt eine ökonomische und ökologische Belastung für künftige Generationen über tausende Jahre dar.

Aber es gibt noch eine Reihe weiterer Gründe, warum ein Ausbau der Versorgung mit Atomenergie nicht eine nachhaltige Lösung für die globale Energieversorgung sein kann. Einige wichtige davon sind folgende:

1. Atomenergie aus neu zu errichtenden AKWs käme heute schon pro netto produzierte Kilowattstunde wesentlich teurer als erneuerbare Energie. Dass etwa Großbritannien seine Atomkraftwerke auszubauen plant, ist nur mit intensiver staatlicher Förderung in Milliardenhöhe möglich.

2. Ein jetzt geplanter AKW-Ausbau würde während der Bauphase in den nächsten zehn Jahren die Treibhausgasemissionen stark erhöhen, bevor noch eine einzige Kilowattstunde Kohlestrom ersetzt werden kann. Bei Windenergie hingegen ist der Zeitraum wesentlich kürzer, die Kosten sind deutlich niedriger ebenso wie die ökonomische und die ökologische Payback-Zeit. Außerdem fällt kein radioaktiver Müll an. Eine Windturbine kann auch problemlos ohne Residuen wieder abgebaut werden.

3. Die AKW-Unfälle in Tschernobyl und Fukushima haben gezeigt, wie gefährlich diese Energieform ist, auch wenn im Normalbetrieb die Treibhausgas-Emissionen niedrig sind. Die ökologische Zerstörung durch radioaktive Verseuchung stellt doch hier er eine Belastung und ein hohes Gesundheitsrisiko für viele Generationen dar. Wir können also auch deshalb keineswegs von Nachhaltigkeit sprechen.

4. Darüber hinaus ist die Unsicherheit von Atomkraftwerken gegenüber Sabotage-Aktionen, Terror-Attacken und Flugzeugabstürzen ein gravieren-

des Argument.

5. Dort wo Atomenergie besonders staatlicherseits verteidigt wird, ist sehr häufig ein enger Zusammenhang von Atomindustrie und Atomwaffen festzustellen. Eine von mehreren Ausnahmen stellt Südafrika dar, das bekanntlich mit Ende der Apartheid sein Atomwaffenprogramm beendete, die Waffen vernichtete, aber weiter auf Atomenergie setzt.

Die Situation in Österreich

In Österreich wird knapp ein Drittel der Gesamtenergie erneuerbar bereitgestellt. Das ist traditionell hauptsächlich Biomasse (Holz etc.) und Wasserkraft. In den letzten Jahren erlebten Windenergie und Photovoltaik ein sehr rasches Wachstum bei sinkenden Kosten.

Als ich in den frühen Neunziger Jahren als IPPNW- Vertreter gemeinsam mit Vertretern der Salzburger Plattform gegen Atomenergie (PLAGE) bei der Firma Siemens Österreich in Salzburg vorsprach mit dem Aliegen, Siemens möge doch aus der Atomindustrie aussteigen und sich auf Windenergie konzentrieren, da meinte der eigens aus Deutschland angereiste Siemens-Direktor noch, das hätte die Firma ja versucht, aber es käme zu teuer und sei nicht rentabel.

Doch schon 1995 ging mit dem ersten Ökostromgesetz in Österreich das erste Windkraftwerk ans Netz, zahlreiche weitere folgten. Und Siemens Gamesa Renewable Energy, ein Tochterunternehmen von Siemens Energy ist wie zahlreiche andere Firmen in der stark expandierenden Branche der erneuerbaren Energie tätig.

Ein Blick in eine nachhaltige Zukunft

Jurrien Westerhof, aus den Niederlanden stammender und in Österreich tätiger Experte für Erneuerbare Energie, meinte schon 2013, die Energiewende müsste am realistischsten dadurch zu schaffen sein, dass der gesamte Energieverbrauch durch kreative innovative Lösungen um ein Drittel reduziert wird und der erneuerbare Energieanteil, der derzeit ein Drittel beträgt, durch raschen Ausbau verdoppelt wird.

In den acht Jahren seither wurde vieles technisch verbessert, die ökologische und die ökonomische Pay-back-Zeit verkürzte sich. Die Bereitstellung von erneuerbarer Energie ist deutlich billiger geworden.

Dennoch erlaube ich mir, festzustellen, dass wir - was den hohen Energieverbrauch betrifft - über Jahrzehnte verwöhnt wurden und getäuscht wurden, vor allem über die globalen schädlichen Auswirkungen fossiler Verbrennung. Dazu kommt noch, dass die Kriege und Stellvertreterkriege um Öl vom Chacokrieg zwischen Bolivien und Paraguay bis zu den drei letzten großen Kriegen im Mittleren Osten Millionen Menschenleben gefordert haben. Diese Fehlentwicklung, auf billiges Erdöl zu setzen, hat nicht nur wesentlich zur Klimaerwärmung beigetragen, sondern viele Waffen in die umstrittenen Regionen gebracht, die neben der Zerstörung auch zusätzlich zum Klimawandel beitragen.

In meinen Arbeiten über „Triple Benefit Principle“ habe ich gezeigt, dass ein persönlicher Energiewendepunkt, also die Bereitstellung ausreichender erneuerbarer Energie durch gezielten Einsatz von Ersparnissen, die aus nachhaltigen Lebensstiländerungen stammen, sogar in zirka zehn Jahren möglich ist. Ein Ausstieg aus fossiler Heizung, eine Umstellung der Ernährung und – am effektivsten – die Entwicklung einer maßgeschneiderten individuellen nachhaltigen Mobilitätslogistik sind die Schlüsselstellen für kreative Ansätze.

Es ist eine traurige oft verdrängte Tatsache, dass auch in Österreich noch über vier Milliarden Euro in direkte oder indi-

rekte Förderung der Verwendung fossiler Energie fließen. Dass die von der derzeitigen Regierung geplante ökosoziale Steuerreform gerade einmal eine Milliarde Förderung für erneuerbare Energie vorsieht, klingt wie ein Hohn. Das umso mehr als die geplante CO2-Steuer viel zu niedrig angesetzt ist, um eine dringend nötige Energiewende so rasch herbeizuführen, wie es im Pariser Abkommen von 2015 vorgesehen ist. Auch soll sie erst mit Mitte 2022 in Kraft treten.

Eines allerdings haben wir wenigstens in Österreich erreicht, ein verfassungsrechtlich gesichertes Verbot von Atomwaffen und Atomkraftwerken (1999). Wir haben damals in den OMEGA News berichtet.

Weiterführende Literatur und Information:

BGBl. I Nr. 149/1999 „Bundesgestz für eine Atomfreies Österreich"
IPPNW Statement for COP 26 in Glasgow:
https://www.ippnw.eu/en/nuclear-energy-and-security/artikel/0a-de1188e583932b3ba439054107c14d/nuclear-power-has-no-place-in-a-heal.html

COP 26 Why the Nuclear is not a Solution.
Youtube Aufzeichnung eines Panels zum Thema in Glasgow:
https://www.youtube.com/watch?v=LjSMd1pmsqQ&list=PL07D57BCE53C1E42F&index=2

Renoldner, K.: Das Triple Benefit Principle und die CO2-Steuer. in Medi.Um Zeitschrift für Umwelthygiene und Umweltmedizin Nr. 02/2020.

Seite der deutschen IPPNW: https://www.ippnw.de/atomenergie.html

Wird Science Fiction zur Realität? Eine rote Linie für autonome Waffensysteme

Manfred Sauer, OMEGA/IPPNW

Der Alptraum eines künftigen Kriegsschauplatzes, auf dem von Künstlicher Intelligenz (KI) gesteuerte Maschinen ihre Waffen selbstständig gegeneinander einsetzen, könnte bald Realität werden. Doch viele Argumente sprechen dagegen. Österreichs Rüstungskontrollpolitik setzt sich konsequent gegen autonome Waffen ein.

Seit Künstliche Intelligenz vielfach im Alltag Einzug gehalten hat, forscht und entwickelt auch die Rüstungsindustrie an dieser Technologie. Dabei geht es zunächst um Drohnen, die festgelegte Punkte in ihrer Flugbahn ansteuern und selbstständig auf diesem Weg wieder zurück fliegen. Oder um ferngesteuerte Roboterfahrzeuge, die gefährliche Areale inspizieren oder verdächtige Gegenstände auf Sprengstoff untersuchen. Diese Forschungen erweiterten sich, als autonom fahrende Fahrzeuge erprobt und bewegliche Roboter für den Transport von Gütern entwickelt wurden. Es war nur mehr ein kleiner Schritt zu der Planung von bewaffneten, autonomen Militärgeräten zu Land, in der Luft und im Wasser. Die Krönung wären dann Waffensysteme, die ohne menschliches Zutun unterwegs sind und nach bestimmten Algorithmen ihre Waffen einsetzen. Eben das Überschreiten der bereits genannten roten Linie. Derzeit arbeiten zivile und militärische Entwickler, meist in den Hochrüstungsländern, zu diesen Technologieschwerpunkten intensiv.

Humanitäre und moralische Schranken

Die Mär vom menschenlosen Gefechtsfeld wird von den Befürwortern autonomer Waffensysteme ins Treffen geführt. Diese Kriege seien doch humaner, weil es kaum menschliche Opfer gebe. Dagegen spricht, dass in jeder Art von Krieg in erster Linie anwesende Zivilpersonen Opfer werden. Hat eine Kriegspartei diese Hochtechnologie zur Verfügung, bedeutet es noch nicht, dass der Gegner auch darüber verfügt.

Das Humanitäre Völkerrecht gibt Regeln für Kampfhandlungen vor, die sowohl Militärpersonen als auch Zivilpersonen vor ungebremster Kriegsbrutalität schützen sollen. So sollte ein Angriff auf zivile Ziele im Kriegsfall Tabu sein und immer abgewogen werden, ob bei einem Angriff unverhältnismäßig viele (zivile) Opfer zu befürchten sind. Ebenso sollen Gefangene menschlich behandelt, medizinisch versorgt und im Fall, dass sie sich ergeben, nicht getötet werden. Der Einsatz von Waffen, die große Leiden verursachen, soll unterbleiben. In der Wirklichkeit heutiger Kriegsszenarien werden diese Regeln selten befolgt.

Das Beispiel eines beweglichen, autonomen Waffenträgers, welcher in einen Innenhof eines Gebäudes fährt, zeigt die ethisch/moralische Problematik dieser Systeme. Im Innenhof befinden sich angenommen mehrere Garagentore und Eingangstüren. Durch seine Sensoren kann sich das System ohne Probleme zurechtfinden. Es ist darauf programmiert, sollte sich eine Türe öffnen, seine Waffen einzusetzen, ohne Prüfung was oder wer aus der Tür kommt. Das System reagiert auf bestimmte Bewegungen im Areal. Noch wird das System durch Fernsteuerung überwacht. Das Ziel sind aber Waffensysteme, die selbst entscheiden, wann sie ihre Waffen einsetzen. Sie könnten auf Gesichts-

erkennung oder Hauptfarbe reagieren. Ebenso auf Gegenstände, die jemand in der Hand hält oder auf Fluchtbewegungen. Sie könnten Fahrzeuge oder Gebäude angreifen, weil die eine bestimmte Farbe haben oder durch eine spezifische Bauweise dem Algorithmus verdächtig vorkommen. Durch die rasante Entwicklung verschiedenster Überwachungssensoren eignen sich autonome Aufklärungs- und Waffensysteme natürlich auch für einen Einsatz im Dienste der Inneren Sicherheit. Damit ist auch die demokratiegefährdende Rolle autonomer Systeme evident.

In der Praxis bedeutet dies, dass es keine Unterscheidung mehr gibt zwischen Militär- oder Zivilpersonen, ob jemand wirklich eine Waffe in der Hand hat oder nur einen Gehstock bzw. ob eine Kaserne oder ein Spital beschossen wird. Diese Maschinen werden nicht berücksichtigen, ob jemand feindliche Absichten hat oder sich gerade ergibt. Es scheint fast unmöglich, menschliche Gefühle auf Kampfroboter zu übertragen. Empathie, Humanität und Moral lassen sich Maschinen nicht einimpfen. Trotzdem lebt der Traum nach dieser Realität in den Köpfen einiger Wissenschaftler und Militärs weiter. Letztlich führen solche Pläne auch zur einer Senkung der Kriegsschwelle, weil dabei Gefahrlosigkeit für die eigene Bevölkerung suggeriert wird.

Ins Treffen zu führen ist auch die Frage, wer dann für einen angerichteten Schaden verantwortlich ist. Die Erzeugerfirma, das Militär, die Programmierer? Wer kann ausschließen, ob nicht die Systeme durch den Einsatz von Cyber-Technologie auf einmal gegen die eigenen Menschen eingesetzt werden?

Das Überschreiten der roten Linie verhindern!

Die Forschung, Entwicklung und Erprobung militärischer autonomer Systeme schreitet ungebremst voran. Immer mehr Staaten erzeugen oder beschaffen sich Drohnen mit unterschiedlichen Anwendungsprofilen. Autonom fahrende Fahrzeuge und Waffenträger werden vielerorts erprobt. Einige Systeme, etwa in der Luftabwehr, die selbstauslösend auf mögliche Luft- und Raketenangriffe reagieren, sind bereits Realität.

Wie im Ringen um ein Verbot von Anti-Personenminen, Streumunition oder Atomwaffen haben sich auch zu diesem Thema zahlreiche Organisationen der Zivilgesellschaft zusammengeschlossen. In mehr als fünfzig Staaten fordern rund 200 Gruppierungen ein Verbot von autonomen Waffensystemen. Auch in Österreich gibt es diesbezüglich den Verein „Cam-

Am 10. September 2021 fand eine Informationsveranstaltung am Stock im Eisen-Platz in Wien statt. Stopp Killer Robots Austria (KRC) und das Roter Kreuz engagierten sich für ein Verbot von autonomen Waffensystemen.
Foto: Archiv betrifft frieden

paign to Stop Killer Robots Austria" (KRC Austria). Auch das Österreichische Rote Kreuz und weitere Friedensgruppen set-

zen sich für dieses Ziel ein. Mit öffentlichen Informationsveranstaltungen soll auf die weitgehend unbekannten Rüstungsentwicklungen aufmerksam gemacht werden. Thomas Hajnoczi, bis Ende 2020 Leiter der Abteilung Abrüstung, Rüstungskontrolle und Non-Proliferation im österreichischen Außenministerium (BMEIA), sagt klar, um was es geht: „Es kann aber nicht sein, dass alles, was technisch möglich wird, auch erlaubt wird. Das wäre eine schlimme Welt."

Das UN-Waffenübereinkommen listet in mehreren „Protokollen" verschiedene besonders inhumane Waffen und Gegenstände auf, wie etwa nichtentdeckbare Splitter, Minen, Sprengfallen, Brandwaffen, Laser- und Blendwaffen und explosive Kampfmittelrückstände. Staaten können einzelnen Protokollen beitreten und die entsprechenden Waffen verbieten. Innerhalb dieses Übereinkommens gibt es für Länder die Möglichkeit, neue Themen, für die es noch kein Protokoll gibt, einzubringen. Dies erfolgte ab 2014 zu den autonomen Waffensystemen. Hier werden sie als LAWS (Lethal Autonomous Weapons Systems) bezeichnet. Die Beratungen finden im Rahmen einer „offenen Regierungsexpertengruppe (Group of Goverments Experts GGE)" statt. Im November 2019 wurden elf Leitprinzipien als Grundlage für Regulierungsschritte erarbeitet.

Im Dezember 2021 wird bei einer Überprüfungskonferenz in Genf auch dieses Thema eine Rolle spielen. Die GGE hat den Auftrag, Elemente eines „Normativen und Operationalen Rahmenwerks" zu autonomen Waffen zu erarbeiten. Das österreichische Außenministerium hat dazu konkrete Vorschläge eingebracht. Auch wenn die rasante technische Entwicklung schwer einzubremsen ist und ein weitgehendes Verbot noch unwahrscheinlich scheint, so muss wenigstens die rote Linie gehalten werden. Dies bedeutet: Keine Entwicklung und kein Einsatz von Roboterwaffen, bei denen keinerlei menschliche Eingriffsmöglichkeiten mehr vorgesehen sind. Das muss verhindert werden!

Manfred Sauer, OMEGA/IPPNW

www.krcaustria.at

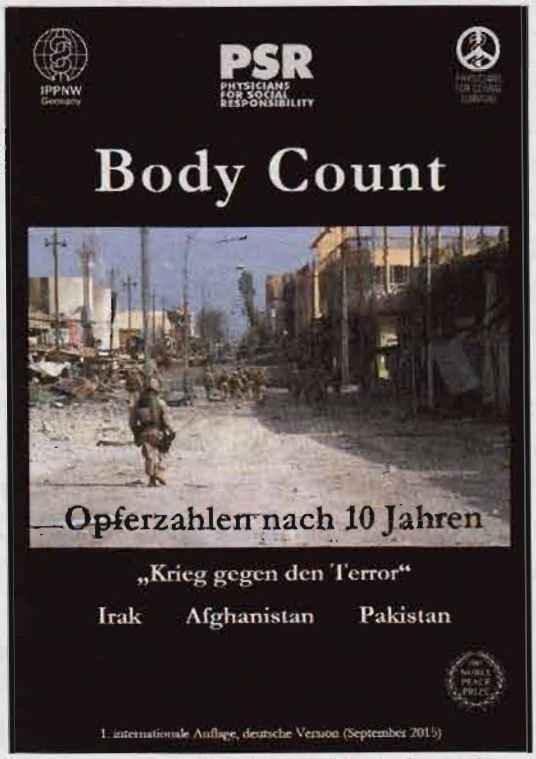
Aktuelle Entwicklung:

Die Beratungen zu den LAWS im Dezember 2021 im Rahmen der UN-Waffenkonvention (CCW Convention of Certain Conventional Weapons) haben wieder kein Ergebnis erbracht. Zahlreiche Staaten forderten ein Verbot oder eine Regulierung, USA, Russland, Israel und Indien haben dies verhindert. Das Anliegen wurde wieder an die Expertengruppe verwiesen. Wertvolle Zeit geht verloren.

Konferenz von Friedensbewegung und IPPNW in Frankfurt am Main: 20 Jahre NATO-Krieg in Afghanistan – eine vorläufige Bilanz

Isabel Stietencron, OMEGA/IPPNW

Die als Hybrid-Veranstaltung durchgeführte Konferenz hatte namhafte Experten zu unterschiedlichen Aspekten des NATO-Krieges in Afghanistan eingeladen. Mit knapp 200 Teilnehmer*innen vor Ort und per online-Zuschaltung bestand breites Interesse. Unter anderen sprach Friederike Stahlmann über die Menschenrechtsverletzungen aller beteiligten Parteien und erschwerenden Tatsachen wie Missachtung nationaler und internationaler Rechte, Folter, Geheimdienst-/Spitzelwesen und strafrechtliche Verfolgung von Rückkehrern. Joachim Guilliard betonte die Verluste von Menschenleben bei gleichzeitig schwieriger Abschätzung der tatsächlichen Opfer: „humanitäre Kosten bei humanitären Absichten". Er sprach davon, dass die indirekten Opfer die 4-fache Zahl der direkten Opfer erreicht, die „Body Count Studie" der IPPNW schätzt die direkten Opfer zwischen 2001 und 2013 auf 185.000 bis 250.000, ca. die Hälfte davon afghanische Zivilpersonen. Mit dem Drohnenkrieg beschäftigt sich seit langem Emran Feroz. Er hat etliche Artikel und einige Bücher darüber veröffentlicht und kann die Opfer unter Zivilisten sehr genau benennen. In einer Diskussions-Runde konnte unter anderen Dr. med. Ataullah Zulfacar, Gründer des Ärzteverein für Afghanische Flüchtlinge e.V., ein differenziertes Bild des aktuellen Zustands des Gesundheitswesens in Afghanistan zeichnen. Das Vorhandensein von unterschiedlichen Trägern wie Staat, NGOs und ausländische Organisationen und



gleichzeitig schlechter bis keiner Zusammenarbeit entstehen große Probleme in der Stabilität der Versorgung von Kranken. In der Abschlusserklärung wurde zusammenfassend geschrieben: dieser Krieg sei „keine Selbstverteidigung, sondern eine völkerrechtswidrige Aggression gewesen" und „unter angeblichen Zielen der Terrorbekämpfung und des Staatsaufbaus wurden geostrategische Großmachtinteressen, Zugriff auf Rohstoffressourcen und Subventionierung des militärisch-industriellen Komplexes durchgesetzt". Es wurde ein Paradigmenwechsel zu einer zivilen Sicherheits- und Friedenspolitik gefordert, „ein Konzept menschlicher Sicherheit, das Schutz vor Klimakatastrophen, Mangelernährung, Vertreibung und sozialer Verelendung schafft".

Divestment

Michael Schober, OMEGA/IPPNW

Divestment ist eine Form des ethischen Investments - weg von ausschließlich gewinnorientiertem Investieren, hin zu ökonomisch sinnvollem aber gleichzeitig nachhaltigem Investieren. Vor allem im Banken- und Versicherungssektor kann man hier einhaken.
Im Kleinen bedeutet dies: Ich überlege mir aufgrund der Kunden, die eine Bank oder Versicherung hat (also jene Unternehmen und Konzerne, an die diese Bank Kredite vergibt und deren Projekte sie fördert oder versichert), bei welcher Bank ich mein Geld anlege oder bei welcher Versicherung ich Kunde bin.
Im Großen überlegen sich Banken, Versicherungsgesellschaften aber auch Unternehmen und Konzerne ebenfalls aufgrund der oben genannten Kriterien, wem sie Ihr Geld leihen bzw. in welche Projekte sie investieren.

Divestment ähnelt also einem Wirtschafts- oder Konsumentenboykott, da eine bestimmte Finanzierung Schaden an der Umwelt hervorrufen würde, Menschenrechte verletzt oder Wirtschaftszweige gefördert würden, die dazu maßgeblich beitragen (zB. Waffenindustrie, Atomwaffenindustrie).
Natürlich haben Unternehmen erkannt, wie werbewirksam „Grüne Portfolios" und „Grüne Produkte" sind. Wie unterscheide ich zwischen „greenwashing" und ernsthaft ethisch und nachhaltiger Struktur einer Bank/ Versicherung? Ich denke, diese Frage beschäftigt uns auch in vielen anderen Bereichen: Beim fast täglichem Lebensmitteleinkaufen, beim Reisen, bei der Mobilität ...

Einige wichtige Entscheidungshilfen im Banken und Versicherungssektor konnte uns Maaike Beenes -langjährige Mitarbeiterin bei Pax Niederlande und jetzt bei Banktrack.org tätig - bei unserem Themenwochenende „Climate, War and Health" im Mai dieses Jahres vermitteln:

Abbildung: Maaike Beenes, www.Banktrack.org

- Banken und Finanzkonzerne verpflichten sich aufgrund von gesetzlichen Regelungen (die es aber in vielen Ländern nicht effizient gibt) oder von freiwilligen Initiativen zu ethischem Wirtschaften. Einige dieser Initiativen sind aber wenig weitreichend und werden nicht unabhängig auf ihre Einhaltung kontrolliert.
- Überlege für dich selbst wo deine Prioritäten bei sinnvollem Investment liegen: Abrüstung? Umweltschutz? Menschenrechte...
- Die Verflechtungen zwischen den großen Banken und Konzernen sind oft sehr unübersichtlich. Die „schlechtesten 12" also die Dirty Dozen sollten keine Mutterkonzerne/ Teilhaber, etc. sein.
- Checke deine Bank/ deine Versicherung welche Großkunden sie hat/ welche Projekte sie unterstützt. Unabhängige Bewertungen stellt Maaike Beenes mit ihrem Team auf

www.banktrack.org zusammen. Dort kannst du auch Projekte einsehen, die in Bezug auf Umwelt, Waffenproduktion oder Menschenrechte verwerflich sind und von der jeweiligen Bank finanziert wurden.

• Vermeide Banken / Versicherungen die bei der Entwicklung und Herstellung von Atomwaffen involviert sind. Diese findest du zB. unter www.dontbankonthebomb.com

• Schreibe den Vertreter/die Vertreterin deiner Bank/ Versicherung an, dass du mit der Finanzierung eines Projekts nicht einverstanden bist oder du die Verflechtung mit jenem Konzern ablehnst - und überlegst deshalb das Unternehmen zu wechseln. Noch besser, wenn eine Gruppe von Kunden so ein Schreiben unterstützt.

• Ziehe Einlagen / Versicherungen ab und investiere in ethischere Alternativen Überlegenswert ist auch der Einstieg in ausschließlich nachhaltige und dazu ins Leben gerufene Investitionsmöglichkeiten. Mikrokreditfinanzierung wie Oikokredit, Crowdfunding Projekte, Investitionen in erneuerbare Energien oder auch spenden an co2 kompensierende Organisationen.

Quelle: www.dontbankthebomb.com

Kurzmeldung

Update Atomwaffenverbotsvertrag (TPNW)

Derzeit haben 59 Staaten den Vertrag ratifiziert. Zuletzt waren dies Chile (23.9.2021), Mongolei (10.12.2021), Guinea-Bissau (15.12.2021) und Peru (23.12.2021).

Weblink:
Vertragstext auf deutsch: www.un.org/Depts/german/conf/a-conf-229-17-8.pdf

Erklärung der Vetomächte des UN-Sicherheitsrates

In einer, selten stattfindenden, gemeinsamen Erklärung am 4.1.2022 wollen die Vetomächte USA, Russland, VR China, Großbritannien und Frankreich eine weitere Verbreitung von Nuklearwaffen verhindern. „Ein Atomkrieg kann nicht gewonnen werden und darf auch niemals geführt werden", heißt es im Text. Solange Nuklearwaffen existieren, dürfen sie nur dem Zweck der Verteidigung, der Abschreckung gegen Aggressoren und der Verhinderung von Kriegen dienen, wird betont.

Die Erklärung erfolgte im Vorfeld der Überprüfungskonferenz des Nichtweiterverbreitungsvertrages (NPT) und wird von Beobachtern als „Beruhigungspille" gesehen. Immerhin setzen alle fünf Staaten derzeit milliardenschwere Entwicklungs- und Modernisierungsprogramme ihrer NW-Arsenale um, anstatt dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten.

Impressionen zum Seminarwochenende „Climate, War and Health" der IPPNW 2021

Von Franz Rathmair

Genau zur richtigen Zeit entspannte sich die Coronalage, sodass das Seminarwochenende der IPPNW in Altenfelden am 29. und 30. Mai 2021 stattfinden konnte. 15 Studierende der Medizin aus Österreich und Deutschland nahmen den Weg in das schöne Mühlviertel auf sich, nicht einmal die Anreise aus Hannover war zu lange.

Ein buntes und spannendes Programm füllte die beiden Tage. Gemeinsam erfuhren wir in Vorträgen mehr über die Auswirkungen des Klimawandels auf die Gesundheit, den Einfluss von Divestment auf eine Zukunft ohne fossile Energieträger und die aktuelle Lage der atomaren Abrüstungsbemühungen der Vereinten Nationen. In Workshops diskutierten wir über unsere eigenen Möglichkeiten uns zu engagieren. Sowohl auf lokaler Ebene um einen grüneren und nachhaltigeren Arbeitsalltag zu gestalten, als auch international, wie zum Beispiel wissenschaftliche Studien zu Reduktion von gewaltvollen Konflikten führen können. Zum Abschluss wurden in kleinen Gruppen konkrete Pläne für künftige Projekte erarbeitet, welche hoffentlich bald Früchte tragen werden.

Abseits der offiziellen Programmpunkte, kam auch der Spaß nicht zu kurz. Dank des guten Wetters konnte die schöne Mühlviertler Landschaft bei Spaziergängen erkundet werden, bei welchen die Teilnehmer*innen sich kennen lernen und angeregt diskutieren konnten.

Alles in allem war das Wochenende sehr interessant und motivierend, selbst engagiert zu werden. Eine Fortsetzung folgt hoffentlich im Jahr 2022!

Folgende Projekte wurden von unserer Studierendengruppe erarbeitet und werden weiterverfolgt:

- Vorbereitung und Durchführung von Aktionen und Abrüstungslobbying zur Konferenz der Unterzeichnerstaaten des Atomwaffenverbotsvertrags im März 2022 in Wien (TPNW). Gemeinsam setzen wir uns für eine Konferenz ein, die viel Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit verursachen soll und wo bei wichtigen Inhalten zur Umsetzung des Vertrags Fortschritte erzielt werden sollen
- Etablierung einer Ringvorlesung zum Thema „Climate, War and Health" an der Medizinischen Universität Wien als freies Wahlfach
- Jour Fixe für interessierte Mediziner*innen und Medizinstudent*innen und alle anderen Personen, die an unseren Themen Interesse haben in Wien

Kontakt für alle, die sich informieren möchten oder die mitmachen wollen:

michaelschober1@gmx.net

Christina Kastner- Frank im Interview
„Neu in der IPPNW"

(c) Frank Helmrich

"Wie in der obligatorischen Vorstellungrunde zu Beginn jedes Workshops: Kannst du dich und deine berufliche Tätigkeit bitte kurz Vorstellen!"
Ich bin Allgemeinmedizinerin und aktuell in der Ärztlichen Direktion des AKH Wien tätig.Was mich besonders freut, ist die Tatsache, dass ich Teil des seit kurzem bestehenden Umwelt-Management-Teams bin, das sich dem Thema Nachhaltigkeit im Krankenhaus verschrieben hat.

"Wie hast du von der IPPNW und ihren Aktivitäten erfahren?"
Im Rahmen einer Klima-Mahn-Wache im AKH habe ich Klaus Renoldner kennengelernt, über ihn bin ich dann zur IPPNW gekommen.

"Du bist ja in anderen Organisationen auch aktiv. Was war neu für dich in der IPPNW und was deckt sich mit deinen bisherigen Aktivitäten?"
Ich bin außerdem auch bei den Doctors for Future Austria und Health for Future Wien aktiv.Dort steht das Thema „Klimaschutz und Gesundheit" im Vordergrund. Dieser Schwerpunkt findet sich auch bei der IPPNW wieder, es geht allerdings darüber hinaus auch um andere Fragen wie das Engagement für ein weltweites Verbot von Atomwaffen sowie Initiativen zur Friedensstiftung.

"Welche Themen liegen dir in den nächsten Monaten besonders am Herzen, wo du dich engagieren wirst?"
Mein Hauptfokus liegt auf dem Kampf gegen den Klimawandel. Zum Beispiel ist geplant, an der MedUni Wien ein Wahlfach zum Thema „Klimawandel und Gesundheit" zu etablieren. Über dieses Format sollen interessierte Student*innen angesprochen werden, die sich hoffentlich dann auch in weiterer Folge für diese Themen starkmachen. Wir brauchen junge Leute, die den Gedanken an Frieden und Klimaschutz aktiv weitertragen und sich diesbezüglich engagieren.

"Wichtig ist bei unserer Arbeit, Schritte in Richtung Abrüstung und Frieden voranzubringen und so zu stabilen Gesellschaften, Vermeidung von Leid und Tod und auch zum Schutz der Resourcen und Umwelt beizutragen.
Aber auch uns selbst verändert und bereichert dieses Engagement. Mit welchen Argumenten könntest du Kolleginnen und Kollegen für eine Mitarbeit bei einer NGO wie der IPPNW begeistern?"
Es ist sehr befriedigend, sich über das Berufliche hinaus auch privat zu engagieren.Wir haben nur diesen einen Planeten, daher müssen wir allesamt danach trachten, mit den vorhandenen Ressourcen sorgsam umzugehen.Ich selbst habe zwei Kinder und bin es ihnen schuldig, ihnen eine möglichst lebenswerte Welt zu hinterlassen.

Erscheinungsort: Wien

Verlagsadresse: OMEGA/ IPPNW Österreich
Gentzgasse 10/Stg.4/27, A-1180 Wien

BEI UNZUSTELLBARKEIT BITTE RETOUR AN :

OMEGA/IPPNW Österreich
Gentzgasse 10/Stg.4/27, A-1180 Wien

ICH MÖCHTE OMEGA/IPPNW ÖSTERREICH UNTERSTÜTZEN

und erkläre meinen Beitritt zur Vereinigung
"Österreichische MedizinerInnen gegen Gewalt und Atomgefahren" als:

O ordentliches Mitglied (ÄrztInnen)	Mitgliedsbeitrag pro Jahr	€ 30,-
O ausserordentliches Mitglied (Studierende, andere Berufe)		€ 7,-
O förderndes Mitglied		€ 70,-
O Spenderin/Spender		€ ---

Bitte senden Sie mit laufende Veröffentlichungen, die Vereinszeitschrift "OMEGA News" sowie einen Erlagschein zur Einzahlung des jährlichen Mitgliedsbeitrages.

Name: .....

Adresse: .....

Tel & Fax: .....

Email: .....

Beruf(Spezialfach): .....

Datum & Unterschrift: .....

office@ippnw.at | www.ippnw.at

Omega / IPPNW
Gentzgasse 10/Stg.4/27
1180 Wien